



09. September 2026

Postulat

Von Patrik Brunner (FDP),
Deborah Wettstein (FDP),
und Emanuel Tschannen (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Schäden von Privaten, deren Eigentum im Zuge von unbewilligten, durch die Stadt tolerierten Demonstrationen und/oder Besetzungen beschädigt wird, durch die Stadt kompensiert werden können.

Begründung:

Am Wochenende vom 29./30 August 2026 wurde der Lindenhof in der Zürcher Innenstadt gemäss Pressemitteilung der Stadtpolizei von Aktivist*innen aus dem linksextremen Umfeld besetzt. Die Polizei und die Sicherheitsvorsteherin tolerierten die Besetzung. Dem Vernehmen nach wurde mit den Aktivist*innen vereinbart, dass sie im Gegenzug für einen Abzug am Sonntag nicht für entstandene Sachbeschädigungen ins Recht gefasst werden.

Mehrere Liegenschaften auf dem Lindenhof und im angrenzenden Quartier wurden im Zuge der Besetzung verunstaltet und beschädigt. Anscheinend wurde bei einem Privaten sogar der Strom angezapft und für eine nicht bewilligte Veranstaltung auf öffentlichem Grund verwendet.

Wenn die Stadt durch polizeitaktische Entscheide Schäden provoziert, in Kauf nimmt oder nicht verhindert, muss sie dafür einstehen. Es kann nicht sein, dass Private für Schäden geradestehen müssen, welche die Stadt mit ihren Entscheidungen toleriert bzw. nicht verhindert. Daher ist zu prüfen, wie Schäden, die aus unbilligen und tolerierten Demonstrationen entstehen, durch die Stadt kompensiert werden können.

Patrik Brunner

Emanuel Tschannen

Deborah Wettstein